

2155. Artikel zu den Zeitereignissen

Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 246

Friederike Beck "Die geheime Migrationsagenda" (Teil 11) – G. Knaus – Türkei – C. DüNDAR – V. Orban

Friederike Beck schreibt weiter:¹ *Die International Crisis Group ist pro-interventionistisch – selbstverständlich immer nur im Namen der Humanität. Ganz in diesem Sinne schrieb Knaus 2011 mit einem Koautor ein Buch mit dem Titel "Can Intervention Work?" Als Beispiel einer fehlgeschlagenen Intervention dient Afghanistan, als positives Beispiel das amerikanische Eingreifen in Bosnien mit dem Frieden von Dayton 1995 und der Gründung des unabhängigen Kleinstaates Bosnien-Herzegowina.² Als Rezepte für erfolgreiches Intervenieren sehen Knaus und sein Koautor Rory Stewart »leidenschaftliche Mäßigung« und »prinzipienfestes Sichherantasten«.*

Gerald Knaus ist auch Mitbegründer des European Council on Foreign Relations und lehrte 5 Jahre am Carr Center for Human Rights Policy an der Kennedy School der Harvard University. Er gab dort Vorlesungen in seinen Spezialgebieten »State building« und »Intervention«. Bezeichnend für die Sicht von Knaus in dem von ihm bearbeiteten Feld des Intervenierens ist die Abwesenheit einer durch das Völkerrecht gedeckten Perspektive, mit der assistierte Staatenbildung und Interventionen fast zwangsläufig kollidieren müssen.

In seinen Analysen fällt stattdessen ein moralgetränktes prunkvolles Argumentieren, ja ein gewisses Sendungsbewusstsein auf, was den Verdacht aufkommen lässt, damit würden geopolitische Interessen bestimmter Akteure verdeckt. So auch im von ihm maßgeblich entworfenen Merkel-Plan zur Umsiedlung von Syrern aus der Türkei: »Mitleid« prangt im Titel des Merkel-, alias ESI-, alias Gerald-Knaus-Plans. Wirklich? Erst auf der vorletzten Seite des »Merkel-Plans« findet sich Relevantes zu den eigentlichen Interessen, die Knaus vertritt:

"In letzter Zeit hat ein wiederauferstehendes Russland Grenzen revidiert, Territorien annektiert und Separatisten im südlichen Kaukasus unterstützt. Es hat auch Militär in annektierte Territorien im südlichen Kaukasus gebracht. Jetzt hat es eine große Militärintervention an der südlichen Grenze der Türkei begonnen und Gruppen angegriffen die von den USA und der Türkei seit Langem unterstützt wurden."

Gemeint ist die Abspaltung der Krim von der Ukraine, welche der Westen unverdrossen als »Annexion« bezeichnet. Die Volksabstimmung darüber war jedoch nicht zu beanstanden und Prof. Reinhard Merkel, Mitglied des Ethikrates der Bundesregierung, hatte dementsprechend

¹ *Die geheime Migrationsagenda*, S. 98-103 (Kopp 2016)

² *Dieser jugoslawische Nachfolgestaat ist heute weit von stabilen und prosperierenden Verhältnissen entfernt, die serbische Teilrepublik möchte sich zudem abspalten.* (F. Beck)

in einer Analyse für die FAZ bereits 2014 auch von »Sezession« gesprochen, die durchaus völkerrechtlich möglich sei.³

Des Weiteren nimmt Knaus Bezug auf die geostrategisch wichtige, weil energiereiche Kaukasusregion. Im August 2008 war Georgien, von den USA aufgerüstet und unterstützt, in die abtrünnige Republik Südossetien (Amtssprachen Ossetisch, Russisch, Georgisch) einmarschiert, deren Schutzmacht Russland ist, welches nach wenigen Tagen den militärischen Konflikt für sich entschied. Dasselbe gilt für die von Georgien faktisch getrennte Republik Abchasien (Amtssprachen Abchasisch, Russisch), die ebenfalls unter russischem Schutz steht, völkerrechtlich jedoch noch immer zu Georgien gehört. Hier versuchen die USA die Konflikte gegen Russland zu instrumentalisieren.

Und dann natürlich das völkerrechtlich korrekte, weil mit Zustimmung der syrischen Regierung stattfindende militärische Eingreifen Russlands in Syrien. Dankenswerterweise bestätigt Knaus, dass sich die USA und die Türkei seit Langem in Syrien militärisch eingemischt haben, indem sie »Gruppen« unterstützten. Gruppen sunnitisch-fundamentalistischer Provenienz bis hin zum IS, wie mittlerweile unstrittig sein dürfte.⁴ Wegen seiner Dokumentation der militärischen Unterstützung des IS in Syrien durch die Türkei wurde der türkische Journalist Can Dündar (s.re.⁵), Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, im Mai 2016 zu mehreren Jahren Haft verurteilt.



Für Knaus ist die Türkei offenbar ein kleines, von Flüchtlingen gebeuteltes Land, dem man helfen muss. Ein Opfer, kein Täter. Die Türkei sei heute von »feindseligen Staaten« und »bewaffneten Gruppen« umgeben und in einer prekäreren strategischen Lage denn zu irgendeiner Zeit des Kalten Krieges. Arme Türkei! Zu dumm! Und daher seien gute Beziehungen zur EU für die Türkei und ihr Sicherheitsbedürfnis arg wichtig, so Knaus. Dabei unterhält die Türkei ein stehendes Heer von 660700 Mann (nach den USA die größte aktive Streitmacht) und bewaffnete die sogenannten bewaffneten Gruppen zumeist selbst.

Statt dass Deutschland (und Europa) mit dem UNO-Flüchtlingshilfswerk zusammenarbeiten und die Zahlungen an dieses massiv erhöhen, soll ausgerechnet die Türkei noch dafür belohnt werden, dass sie seit 2011 eine völlig offene Aggressionspolitik gegen ihr Nachbarland Syrien betreibt. Unter anderem hat die Türkei über ihre Grenze mit Syrien jahrelang Waffen und islamistische Kämpfer nach Syrien einströmen lassen, die Industrieanlagen Aleppos ganz offen demontiert und in die Türkei abtransportiert sowie toleriert, dass illegal vom IS gefördertes Öl aus Syrien und dem Irak mit Tausenden von Tanklastwagen in die Türkei

³ Unter Anmerkung 117 steht: faz: »Kühle Ironie der Geschichte«, 08.04.2014, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html>

⁴ Siehe Artikel 2153 (S. 7-12)

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Can_D%C3%BCndar

verbracht und dort in deren Pipelinesystem eingespeist und mit entsprechendem Gewinn weiterverkauft wurde.

Oberste Priorität der EU sollte sein, die Bedingungen der Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat zu verbessern und dazu beizutragen, dass der unselige Stellvertreterkrieg in Syrien schnellstmöglich beendet wird und die Menschen zurückkehren und ihre Heimat wieder aufbauen können. Die EU-Vordenker haben jedoch andere Pläne...

Auf der vorletzten Seite seines »Merkel-Plans« kommt Knaus schließlich auch zu den innenpolitischen Auswirkungen der sogenannten Flüchtlingskrise in den EU-Staaten und zu den Gründen, warum er ein Eingreifen für geboten hält:

"Das Aufkommen einer antimuslimischen, pro-Putin eingestellten extremen Rechten in der europäischen Politik sollte daher ein Anlass zu wirklicher Besorgnis sein. Es bringt die Aussicht auf eine europäische Politik, die sich in diese Richtung bewegt und sich mehr an die Politik des Kreml anlehnt."

Und das können die USA natürlich auf keinen Fall zulassen!

"Ein politischer Sturm braut sich zunehmend in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten zusammen. Populisten in ganz Europa gewinnen an Stärke durch den Mangel an glaubhaften Strategien der Mainstream-Parteien."

Warum ist in diesem Zusammenhang eine massenhafte Neuansiedlung von Syrern vor allem in Deutschland ein Thema? Die zumeist jungen Männer im wehrpflichtigen Alter können nun nicht mehr zum Wehrdienst eingezogen werden. Das schwächt Syrien und damit auch die russische Position,⁶ denn Syrien mit seiner russischen Mittelmeer-Marinebasis Tartus ist ein alter Klientelstaat der Russen noch aus Sowjetzeiten.

(Video : 0:00-8:20)



RT Deutsch nimmt Propaganda in deutschen Medien auseinander #451^{o/}

⁶ Siehe Artikel 2153 (S. 11/12)

⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=yOkpgOy2mko>

Ein immer menschenleeres Syrien hilft den Plänen neokonservativer US-Kreise zur Zerschlagung und Aufteilung des Landes und der Türkei bei ihren Großmachtansprüchen und ihren Gelüsten, sich Nordwestsyrien mit Aleppo einzuverleiben – möglicherweise im Tausch gegen das Tolerieren einer unabhängigen Kurdenrepublik auf syrischem Territorium, was Erdogan schon jetzt schlaflose Nächte bereitet. Zuletzt reichen sich bei der globalistischen, multikulturalistischen Migrationsagenda US- und EU-Eliten die Hand.

Der leitende Direktor des Transatlantic Center des German Marshall Fund of the United States, Ian Lesser (s.re.⁸), schrieb am 11. September 2015 die Wünsche für Europa aus der US-Perspektive auf:



"Eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern und ein Europa, das stärker an Multikulturalismus gewöhnt ist, würde den Vereinigten Staaten ähnlicher sehen und könnte eine Triebkraft für die transatlantische Angleichung sein."

Gleichzeitig ist sich Herr Lesser natürlich bewusst, dass es einen europäischen Abwehrmechanismus gibt, eine stärkere Debatte um Identität, »populistische und nationalistische Parteien, die im Allgemeinen antiamerika-

nisch sind«, was Ungemach für die transatlantischen Beziehungen heraufbeschwören könnte. Lesser sieht für die EU eine schwere Herausforderung und eine tiefe Spaltung wegen der Migrationskrise voraus, die er als größer einschätzt als die Differenzen über Griechenlands Schuldenkrise und Russland. Sein Schlusssatz des »Policy Brief« lautet:

"Wenn wir akzeptieren, dass die Vereinigten Staaten einer der Hauptinteressenten an einer abgestimmteren und aktiven EU ist, sind die Risiken für die US-Interessen klar."⁹

Ein Europa, das den Vereinigten Staaten ähnlicher gemacht wird, ist auch die eigentliche Motivation hinter dem umstrittenen geheimen Freihandelsabkommen TTIP, das auch als Wirtschafts-NATO bezeichnet wird. Würde es unterzeichnet, stünde im Ergebnis eine noch tiefere Integration des transatlantischen Raums. Der militärische Block der NATO würde um ein Wirtschaftsbindnis ergänzt, das multinationalen Konzernen in diesem Raum eine einzigartige Machtstellung einräumte, die nationales Recht bricht:

Internationale, mit drei Personen besetzte Schiedsgerichte könnten Nationalstaaten auf riesige Schadensersatzsummen verklagen, wenn deren Gesetzgebung ins Auge gefasste Investitionen und Konzerngewinne behindern würde. Die verbliebene Souveränität europäischer Nationalstaaten ist also gleich an mehreren Fronten Attacken ausgesetzt, denen man insgesamt und nicht in ihren Teilaspekten begegnen muss.

⁸ <http://www.hurriyetdailynews.com/more-chaotic-political-scenes-would-harm-turkeys-image-internationally-says-us-expert-.aspx?pageID=238&nid=61216>

⁹ Unter Anmerkung 118 steht: The German Marshall Fund of the United States: »The Refugee Crisis: Perspectives from Across Europe and the Atlantic«, 11.09.2015: <http://www.gmfus.org/publications/refugee-crisis-perspectives-across-europe-and-atlantic>

Die USA bemühten sich seit Jahrzehnten aus eigenen geostrategischen Interessen heraus, die kleinasiatische Türkei an Europa zu binden. Eine eurasische Umarmung Europas mit Russland, die unter anderem TTIP verhindern würde, gilt als Teufelswerk, obwohl nahe-liegend (Technologie geht mit Rohstoffen gut zusammen). Eine Umarmung mit dem NATO-Mitglied Türkei dagegen wird gefördert, wo es geht, und seien die Argumente dafür noch so bizarr.

Daher stört ein Viktor Orban auch so ungemein, wenn er unverdrossen vor einer »Islamisierung Europas« warnt und sich, wie viele andere osteuropäische Staaten auch, der Migrationsagenda widersetzt. Außerdem besitzt Orban die Frechheit, die Ungarn ganz demokratisch per Referendum darüber abstimmen zu lassen,¹⁰ ob das Land Flüchtlingsquoten akzeptieren soll, so entschied es das höchste Gericht des Landes.¹¹

Gerald Knaus sieht deswegen die Gefahr eines drohenden »Teufelskreises«:

"Ein Gefühl der Hilflosigkeit bei den Mainstream-Parteien, was zu steigender Selbstsicherheit unter denen führt, welche die Idee vom Asyl für syrische Flüchtlinge ablehnen. Das wird effektive Politikgestaltung lähmen. Es stärkt auch die Hand jener, die wie Ungarns Viktor Orban denken, der kürzlich die derzeitige Flüchtlingskrise mit einer früheren osmanischen Invasion verglich. Wie er in einer Rede am 5. September sagte, »gibt es etwas, das Fundamentalisten einen Kreuzzug nennen. Aber Gemäßigte wie ich würden es eher als eine Herausforderung durch das Problem der Islamisierung Europas beschreiben. Irgendjemand muss es irgendwo mal als das bezeichnen, was es ist, muss es aufhalten und durch eine entgegenwirkende Politik ersetzen.«"

Knaus erklärt weiter, warum Orban weder für die USA noch die Türkei oder die EU-Granden salonfähig ist:

"Orban hofft, Europa als ein christliches Projekt in Opposition zum Islam zu definieren. Für türkische Führer ist eine Europäische Union, in der eine wachsende Zahl nationaler Regierungen die politische Agenda befürwortet, eine bedeutsame Bedrohung ihrer Sicherheit in einer Zeit wachsender Unsicherheit über Russlands Absichten."

Daher sei es für die Türkei wichtig, mit dem einflussreichsten Land Europas, Deutschland, erfolgreich zu kooperieren und ein »machtvolles Gegen-Narrativ« zu erschaffen. Die Visaliberalisierung für die Türkei müsse her und das Land von seinen Flüchtlingsbelastungen entlastet werden. Deutschland müsse das Steuer ergreifen.

(Fortsetzung folgt.)

¹⁰ 2. 10. 2016: 98,3 Prozent stimmten gegen die „EU-Flüchtlingsquote“ und damit für den Kurs von Victor Orban – nur 1,7 Prozent für die Politik der EU. Allerdings nahmen nur 43,36% der Wahlberechtigten laut der Ungarischen Wahlkommission an der Abstimmung teil ... Damit das Referendum rechtlich bindend ist, wäre eine Teilnahme von 50% der Wahlberechtigten notwendig gewesen.

<https://www.wochenblick.at/asyl-abstimmung-98-prozent-stimmten-fuer-orban/>

¹¹ Unter Anmerkung 119 steht: unzensuriert.at: »Grünes Licht vom Höchstgericht: Viktor Orban lässt die Bürger über Flüchtlingsquote abstimmen«, 04.05.2016,

<https://www.unzensuriert.at/content/0020676-Gruenes-Licht-vom-Hoechstgericht-Viktor-Orban-laesst-die-Buerger-ueber>